



Haushaltssatzung für das Jahr 2021

Stellungnahme der Fraktionen SPD, PRO Selfkant und B90/Die Grünen
(Vorgetragen von Toni Meiers, Mario Grüters und Christian Tellers)

Es gilt das gesprochene Wort!

Rechtliche Grundlagen: §78 der Gemeindeordnung für das Land NRW
(GO) in der zurzeit gültigen Fassung

Selfkant, 04. Februar 2021

Wir begrüßen alle Anwesenden ganz herzlich zu den Haushaltsberatungen 2021.

Wie im vergangenen Jahr haben sich PRO Selfkant, Bündnis90/Die Grünen und die SPD dazu entschlossen, die Ergebnisse der Haushaltsberatung gemeinsam vorzustellen.

Ein besonderer Dank gilt Ihnen, Herr Wever, und Ihrem Team der Kämmerei. Wir bedanken uns auch ausdrücklich für Ihre Erläuterungen und die Zeit, die Sie sich für unsere Haushaltsberatung genommen haben.

Im Dezember 2019 hörte man aus dem fernen China von ersten Todesfällen durch eine rätselhafte Krankheit und Ende Januar meldete die Presse den ersten Corona-Patienten im Münchner Umland. Im Kreis Heinsberg wurde der erste Corona-Fall am Veilchendienstag, 25.02.2020, bekannt und war durch entsprechende Berichterstattungen der Presse als (erster) Corona-Hotspot Deutschlands in aller Munde.

Nach vielen weiteren Neuinfektionen wurde dann Mitte März letzten Jahres der bundesweite „Shutdown“ zur Vermeidung der Ausbreitung verfügt, wobei zunehmend deutlich wurde, welche wirtschaftlichen Auswirkungen dies hat und noch haben wird. Bei der Haushaltsvorstellung durch unseren Kämmerer Herrn Wever in den Fraktionen wurde klar, dass wir bei der Abwicklung des Haushaltes 2020 noch mit einem „blauen Auge“ davonkommen werden.

Es liegen viele lange und sehr schwierige Wochen hinter uns – darüber hinaus werden auch noch viele schwierige Wochen und Monate folgen. Das ist uns - denke ich - allen bewusst.

Im Ergebnisplan schließt der Haushaltsentwurf 2021 mit einem Fehlbetrag von 1.185.500,- € ab, das endgültige Ergebnis bleibt noch abzuwarten, allerdings stellt man bei Reflexion der vorherigen Jahre fest, dass die Ist-Zahlen und die Planzahlen immer weit auseinanderlagen.

Ein paar Anmerkungen zur Investitionstätigkeit in unserer Gemeinde.

Im Jahre 2021 werden investive Auszahlungen in Höhe von insgesamt 6.767.800,- € veranschlagt, wovon ich nachfolgend die größten Projekte hieraus einmal nennen möchte:

1.237.100,- € werden in den Integrativen Sportpark in Höngen investiert, 1.039.900,- € fließen in die Sanierung des Gesamtschulstandortes Höngen „Haus der Kinder“ und 731.000,- € sind für die Freizeit - und Pumptrack-Anlage auf dem Sportplatz in Saeffelen reserviert. Darüber hinaus sind weitere 598.900,- € für die Erweiterung der Westzipfelhalle Tüddern um einen Schießstand verplant. Um all diese Investitionen zu tätigen sind 2021 Investitionskredite in Höhe von 1.993.800,- € vorgesehen.

Wir stehen hinter all diesen Investitionen; wir sind uns darüber hinaus dennoch im Klaren, dass sowohl Freizeit- und Pumptrack-Anlage als auch der Schießstand ohne Fördergelder nicht realisierbar sind. Verschuldung ja, solange es um nachhaltige und generationengerechte Investitionen geht!

Um dies nochmal abschließend zu unterstreichen möchte ich an dieser Stelle auch gerne die Worte unseres Kämmerers Herr Wever zitieren: *„Nach wie vor wird darauf hingewiesen, dass sich die Gemeindevertretung als entscheidendes Gremium zwingend die Frage zu stellen hat: Ist diese*

Investition zwingend notwendig? Handelt es sich um eine gesetzliche Pflichtaufgabe?“

Kommen wir von den Pflichtaufgaben der Gemeinde zum Thema der Baulandentwicklung:

Wie Sie alle wissen, haben wir die Erschließung von neuen Baugebieten immer kritisch betrachtet. Im Selfkant gibt es immer noch viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum für junge Familien und für Menschen mit geringem Einkommen.

Wir müssen uns kurzfristig über geeignete Maßnahmen zur Schaffung von erschwinglichem Wohnraum verständigen. Es geht uns nicht vorrangig darum, den sogenannten sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, sondern vielmehr um beispielsweise Mehrfamilienhäuser mit erschwinglichen Mietpreisen. Konzeptionell wäre für uns hier beispielsweise die Erstellung eines Wohnungsbaukonzeptes durch die Gemeinde Selfkant denkbar, das festlegt, wie hoch der Mietpreis maximal sein darf. Ein Beispiel laut Mietspiegel 2021 für die Gemeinde Selfkant sieht wie folgt aus: Eine 80qm-Wohnung (4 Zimmer, Küche, Diele, Bad) kostet laut Mietspiegel bei einfacher Ausstattung 600,- € kalt im Monat, bei normaler Ausstattung 700,- € kalt und bei gehobener Ausstattung 800,- € kalt im Monat. Mit einem Wohnungsbaukonzept gäbe es in den Baugebieten dann künftig eine gute Mischung aus Einfamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern, sowohl mit erschwinglichen Mieten als auch mit gehobener Ausstattung. Schon **eine Fläche** in einem Neubaugebiet würde helfen, die Situation in kleinen Schritten zu entzerren.

Darüber hinaus haben wir uns in diesem Jahr dazu entschlossen, nicht den Haushalt für sich allein zu betrachten, sondern die Gesamtentwicklung der Bilanzen der letzten 10 Jahre seit Einführung des NKF näher zu beleuchten. Dies auch vor dem Hintergrund, hieraus Tendenzen für die kommenden Jahre abzuleiten.

Aktiva und Passiva sind um ca. 10,5 Mio. € gestiegen, was einer prozentualen Steigerung von 13,7% entspricht. Oberflächlich betrachtet könnte man nun sagen, alles super, der Wert der Gemeinde hat sich entsprechend erhöht. Bei genauerer Betrachtung fällt allerdings auf, dass beispielsweise das Eigenkapital – also das Vermögen unserer Gemeinde – im gleichen Zeitraum von 45 Mio. € auf 41 Mio. € um ca. 4 Mio. €

abgenommen hat. Gleichzeitig haben sich die Sonderposten um ca. 9,3 Mio. € erhöht.

Zur Erläuterung:

Sonderposten sind vor allem von Dritten gezahlte Zuwendungen, deren Verwendung festgelegt ist (z.B. Investitionszuweisungen vom Land an die Kommune wie beispielsweise Fördermittel integrativer Sportpark oder Übereignung von Erschließungsmaßnahmen durch die EGS an die Gemeinde). Sonderposten können z.B. aber auch für Beiträge oder für den Gebührenaussgleich gebildet werden. Diese müssen aber mittelfristig aufgelöst, d.h. zurückgezahlt werden.

Was bedeutet das nun? Im Grunde genommen haben wir den Wert unserer Kommune zwar steigern können, dies jedoch nur durch Zuwendungen Dritter. D.h., es ist uns nicht gelungen, eine Wertschöpfung aus eigener Kraft zu generieren. Im Hinblick auf die zu erwartenden Folgen der Corona-Pandemie und des Brexit werden vorgenannte Zuwendungen in absehbarer Zeit ausbleiben, da hierfür schlicht und ergreifend keine Mittel mehr zur Verfügung stehen und wir darüber hinaus in den letzten Jahren hiervon bereits überdurchschnittlich profitiert haben (ca. eine Mio. € pro Jahr in den letzten 16 Jahren). Dieser Wert taucht vorrangig im Bereich der Sonderposten auf und wird sich auf Grund der hierfür erforderlichen jährlichen Abschreibungen vermindern.

Aus unserer Sicht werden vorgenannte Aspekte zwangsläufig dazu führen, dass es uns nur schwerlich gelingen wird, den Trend der letzten Jahre fortzuführen. Eine Wertsteigerung durch Zuschüsse Dritter wird es in zuletzt gewohntem Maße nicht mehr geben. Die Ausweisung von Baugebieten in Verbindung mit einer damit bedingten Wertschöpfung ist auch nicht in unbegrenztem Maße möglich bzw. wünschenswert. Eine Mehrbelastung unserer Bürgerinnen und Bürger in Form von Steuererhöhungen wäre aus unserer Sicht als allerletzte Maßnahme in Betracht zu ziehen. In Folge dessen ist in den kommenden Jahren unserer Meinung nach mit höheren Haushaltsdefiziten und damit einhergehender Wertminderung unserer Gemeinde zu rechnen.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wir auch die Klimakrise lösen können - durch entschlossene globale Zusammenarbeit. Während Covid-19 vor 15 Monaten noch völlig unbekannt war, haben wir heute bereits mehrere mehr oder weniger effektive Impfstoffe im Einsatz. Die Welt ist

zusammengerückt, um einer globalen Bedrohung Herr zu werden. Dabei stellt sich die Frage, warum wir nicht auch so entschlossen dem Klimawandel zu Leibe rücken? Immer länger werdende Dürre- und Hitzeperioden, sinkende Grundwasserspiegel, vermehrte tropische Winde oder monsunartige Regenfälle mit anschließenden Überschwemmungen sind nur die für uns vor Ort offensichtlichsten Entwicklungen. Aber es macht den Anschein, dass Investitionen in den Klimaschutz, die in vielen Fällen nur Kosten verursachen, ohne den Gewinn zu beflügeln, als nicht notwendig betrachtet werden. Anscheinend sind die nationalen und internationalen Entscheidungsträger*innen nur bei offensichtlicher Bedrohung Ihrer Investitionen, Ihres Kapitals oder Ihrer Wertschöpfungskette bereit schnell, entschlossen und gemeinsam zu handeln.

So, wie Gesundheitsschutz im Kleinen mit Abstand, Maske und Hygiene beginnt, so sollte der Klimaschutz nicht nur dazu dienen, um sich wahlkampfwirksam in Szene zu setzen. Wenn der Klimanotstand ausgerufen wird, dann muss man sich auch mit der Bedeutung und den möglichen Folgen auseinandersetzen. Bei jeder anstehenden Entscheidung. Aus diesem Grund fordern wir die Verwaltung auf, bei zukünftigen Ratsvorlagen auch ein Feld für die Klimarelevanz zu hinterlegen und dieses Feld entsprechend zu bearbeiten.

Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass die Anträge von B90/Die Grünen, FDP, PRO Selfkant und SPD zum Pumptrack und zur Erweiterung des Schießstands an der Westzipfelhalle auf eine breite politische Mehrheit mit allen Parteien gestoßen ist. So konnten wir eine weitere Bewerbung um Fördermittel mit dem Ziel starten, dass wir für unseren schönen Selfkant einen weiteren Mehrwert schaffen können. Sicherlich immer unter der Maßgabe, dass die eingereichten Anträge auch von der Bezirksregierung positiv beschieden werden.

Die Corona-Pandemie und der damit verbundene Lockdown führt uns einmal mehr vor Augen, wie sehr unser soziales Leben, besonders in Bezug auf unsere Vereins- und Freizeitaktivitäten, einerseits vom ehrenamtlichen Engagement der Mitbürgerinnen und Mitbürger und andererseits von einer finanziell gesunden Vereinsstruktur abhängig ist. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Ehrenamtlichen für Ihren

unermüdlichen Einsatz zur Erhaltung unserer Ehrenamtsstrukturen im Selfkant ganz herzlich bedanken.

Zu guter Letzt möchten wir einen Gedanken unseres Kämmerers nochmals aufgreifen. Seine Aussage, dass grundsätzlich jede Investition - egal für was oder wen - genau überlegt sein will, unterstützen wir zu 100 Prozent. In den vergangenen Tagen hat unser Bundeswirtschaftsminister Altmaier (CDU) die Befürchtung geäußert, dass sich unsere Wirtschaft womöglich langsamer von den Folgen der Corona-Krise erholen wird als bisher erhofft. Dies betrifft letztendlich auch unsere Gemeinde. Wenn durch Verluste oder gar Insolvenzen der Unternehmen sowie Arbeitslosigkeit die Steuereinnahmen bei gleichzeitiger Steigerung des Bedarfs an staatlicher Unterstützung sinken, dann hat diese Entwicklung unmittelbare Auswirkungen auf die Finanzkraft unserer Gemeinde. Die Folgen von Corona werden wir erst in den kommenden Jahren in unserer Haushaltsentwicklung sehen können. Aber was heißt das für jede Selfkäterin und jeden Selfkäter? Nun ja, jeder von uns sollte sich die Frage stellen, was ihm/ihr die Aufrechterhaltung unserer zurzeit vorhandenen Strukturen wert ist. Wenn sich die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden verschlechtert, dann gibt es zwei mögliche Lösungsansätze. Entweder werden die Kosten auf gleichem Niveau gehalten und die Leistungen sinken (womöglich können bestimmte Strukturen nicht aufrechterhalten werden oder freiwillige Leistungen werden ersatzlos gestrichen) oder wir versuchen unser aktuell anspruchsvolles Niveau zu halten und die Kosten werden zwangsläufig für jeden einzelnen steigen. Aus diesem Grund appellieren wir an den Bürgermeister und die Verwaltung jede noch so kleine Investition genauestens zu prüfen und ihre Notwendigkeit sowie den Nutzen für die Gemeinde zu hinterfragen. Den Kämmerer bitten wir, auch zukünftig die Finger sehr deutlich in die finanziellen Wunden des Selfkants zu legen. Uns gewählten Ratsvertreterinnen und Ratsvertretern wünschen wir, dass wir ungeachtet von Parteipolitik, örtlichem Kirchtumdenken und Lobbyismus jeglicher Art zum Wohle aller Selfkäterinnen und Selfkäter Entscheidungen treffen werden. Dies kann auch bedeuten, dass wir die Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen übernehmen müssen.

Der vorgelegten Fassung des Haushalts für das Jahr 2021 können die Parteien von SPD, PRO Selfkant und B90/Die Grünen vorbehaltlos zustimmen.